

Persönliche Stellungnahme zum Bürgerentscheid in Greifenstein:
Ein Kommentar von Dr. Klaus D. Schmidt (SPD)

Nach dem Bürgerentscheid sollte eigentlich Ruhe in der Gemeinde eintreten und endlich an praktikablen Lösungen gearbeitet werden. Stattdessen wird fleißig nachgetreten. Darum sollen hier ein paar Punkte für die Gesamtgemeinde und zur Klarstellung von Entwicklungen aufgeführt werden. Dabei bekommt jeder, auch wir von der SPD, Grund, sich an die eigene Nase zu greifen. Ich nehme mir, als Zugereister, der aber schon mehr als die Hälfte seines Lebens in der Großgemeinde verbracht hat und bis heute die gegenseitigen Beschimpfungen und Schuldzuweisungen für eine verfehlt Gebietsreform nicht begreift, das Recht heraus, ohne besondere lokale und sonstige Rücksichtnahme meine Sicht der Situation darzustellen.

Vor Weihnachten hat die Gemeindevertretung einstimmig ein Leitbild für die Gemeinde verabschiedet, und es wurde ein nicht geringer Betrag und viel Zeit von engagierten Bürgern in Projekte und Pläne für eine **gemeinsame** Entwicklung der Großgemeinde investiert (IKEK = Integriertes kommunales Entwicklungskonzept). Aber die Gemeindevertretung hatte bei der Verabschiedung vorher die ULfG nicht gefragt, was natürlich nur auf Intrigen der bösen SPD zurückzuführen ist (für ULfG Mitglieder: Das ist ironisch gemeint). Es ist zwar menschlich verständlich, dass ehemalige SPD-Mitglieder, nachdem sie ausgetreten sind, ihrer Enttäuschung Luft machen, aber das sollte sie doch nicht dazu bringen, auf das geistige und moralische Niveau der US-Tea-Party abzusinken. Ich bin Mitglied der SPD, und der einzige wirkliche Grund für mich, auszutreten, wäre - neben einer Koalition mit der NPD - nur der Versuch aus den Reihen der Partei, mich an einer unabhängigen Meinungsäußerung zu hindern. Wir diskutieren Themen durchaus kontrovers und ich trage dann auch Mehrheitsentscheidungen meist mit. Wenn ich aus guten Gründen einmal anders abgestimmt habe, wie bei einigen Entscheiden zur Marktplanung, dann habe ich, genau wie andere Fraktionsmitglieder, die in anderen Fällen abweichend gestimmt haben, kein böses Wort dazu gehört.

In diesem Leitbild und auch im IKEK Verfahren stand unter anderem auch die Nahversorgung der Ortsteile auf dem Arbeitsplan. Dass die SPD-Fraktion mehrheitlich meinte – ebenso wie Vertreter anderer Parteien (sonst wäre keine Mehrheit zusammen gekommen) – möglichst mehrere Standorte statt eines zentralen Standortes für Einkaufsmöglichkeiten durch ihre Beschlüsse festzuschreiben, hat weder etwas mit Protektionismus noch mit Egoismus zu tun, sondern sollte eben die o.a. Nahversorgung sichern. Dass das eigentlich nicht im Entscheidungsbereich der Gemeindevertretung liegt, die nur die Flächen für Einzelhandel ausweisen kann und im Übrigen auf die potentiellen Betreiber und Planer angewiesen ist, war wohl vielen ehrenamtlichen und nicht in diesem Fachbereich tätigen Gemeindevertretern nicht klar, so dass sie auch diesbezügliche abweichende Voten – auch aus den eigenen Reihen – nicht ernst genug nahmen. Da müssen sich alle Gruppen, auch die SPD, an die eigene Nase fassen. Peinlich ist nur, dass wir in der Verwaltung eine Stabsstelle für Planung und Recht haben – übrigens ohne einen ausgewiesenen Planer und/oder Juristen, die sich zwar immer wieder ausführlich und ungefragt mit Rechtsbelehrungen zu Wort meldet, aber zu diesem Punkt keinen in irgendeinem Protokoll der Gemeindevertretung oder der Fachausschüsse vermerkten sachdienlichen Hinweis gab.

Dafür wurde im Vorfeld des Bürgerentscheides alles an Informationen und Rechtseinschätzungen, was schon vorher in den gemeindlichen Gremien hätte behandelt werden sollen, im Mitteilungsblatt in einer mehrteiligen Serie dargelegt. Hier stellt sich die Frage, ob die Verwaltung, bzw. einzelne Mitarbeiter, sich wirklich darüber im Klaren sind, dass die Planungs- und Entscheidungshoheit bei der demokratisch gewählten Gemeindevertretung liegt und dass die

Informationen der Verwaltung dazu **vollständig und sachgerecht** sein müssen. Dieser Vorwurf betrifft dann auch den Gemeindevorstand als Gremium, der die Beschlussvorlagen der Verwaltung ja eigentlich prüfen und gegebenenfalls zurückgeben oder korrigieren sollte.

Ich halte es persönlich für ungerecht, dass in diesem Fall der Bürgermeister immer alleine den schwarzen Peter zugeschoben bekommt. Schon im ersten Widerspruch gegen einen Beschluss der Gemeindevertretung, den der Bürgermeister im Namen und auf Beschluss des Gemeindevorstandes erhob (Dez. 2013) hätte in der Begründung eindeutig auf die Rechtslage für Bauleitplanungen nach dem Baugesetzbuch hingewiesen werden müssen. Dann wäre schon damals deutlich geworden, was in den Debatten immer wieder hervorgehoben wurde, aber niemals Bestandteil der Beschlussvorlagen und damit der Beschlüsse wurde: Dass nämlich nach dem Eröffnungsbeschluss für ein Planverfahren, der an die Kaufoption für das Grundstück gebunden war, vom Investor bzw. dem von **ihm beauftragten** Planer als nächster Schritt ein **genehmigungsfähiger** Plan vorgelegt werden müsste, und es nicht angeht, die Verantwortung für die Planung der Gemeindevertretung in die Schuhe zu schieben. Das gilt auch für die raumordnerische Bewertung der Kaufkraft und der schon bestehenden Einkaufsmöglichkeiten. Es geht nicht an, dass der Gemeindevertretung vom Planer Bedingungen in der Form gestellt werden, dass Voraussetzungen, die bei Antragstellung schon bekannt waren und Bestandteil des Beschlusses waren, den Wünschen des Antragstellers nachträglich anzupassen sind. Ebenso wie der Antragsteller hat die Gemeinde und die in ihr vertretenen Bürger und Unternehmen ein Recht darauf, dass einmal geschlossene Verträge nicht einseitig nach Belieben geändert werden.

Damit sind wir beim Markt in Holzhausen. Wenn jetzt von der ULfG so lautstark behauptet wird, und das auch in der Darstellung der Verwaltung so dargestellt wird, dass angebliche Verstöße gegen die Ziele der Raumordnung und allgemeine Gebote des Raumordnungsverfahrens die Unwirksamkeit des Bebauungsplanes zur Folge haben, dann stellen sich daraus wieder eine Reihe von Fragen, die vielleicht auch Antworten auf die provokative Frage „Wer übernimmt die politische Verantwortung?“ von H-J. P. auf der ULfG-Seite geben:

1.) Das Verfahren, soweit es Beschlüsse der Gemeinde umfasst, wurde damals in der Verwaltung von eben dem Mitarbeiter (ganz sicher kein SPD-Mitglied) an verantwortlicher Stelle bearbeitet (Bauabteilung, Planung und Recht), der jetzt eine gegenteilige Bewertung vertritt. Zudem hat ein Gemeindevorstand angeblich die Beschlussvorlagen geprüft, und er wurde in Ausschüssen und einer Gemeindevertretung beschlossen, in der ebenfalls die SPD damals keine Mehrheit hatte und auch nicht den Vorsitzenden stellte. Damit ist der Vorwurf des Protektionismus wohl mehr als absurd. Das Gleiche gilt von einer Abteilung Raumplanung in einem CDU-geführten Regierungspräsidium. Wenn von Protektionismus die Rede sein kann, dann sollte man die Mitglieder in Gemeindevorstand und -vertretung fragen, die der Partei angehören, deren Mitglieder an einer Aufhebung des Bebauungsplans Holzhausen interessiert sind und auch damals die Beschlüsse als Mitglieder der Mehrheitskoalition mitgetragen haben. Aber es gilt halt für die gegen uns erhobenen Vorwürfe: **Es irrt der Mensch, so lang er schreibt.**

2.) Was den Vorwurf gegen das Gutachten von Herrn Faulenbach betrifft, so ist er nicht mehr im Dienst des RP, sondern ist mit viel Lob des Regierungspräsidenten (nicht SPD) in den Ruhestand gegangen und im Gegensatz zu den Kommentatoren ein ausgewiesener und qualifizierter Raumplaner. Er ist auch nicht als Planer in das gegenwärtige Verfahren involviert. Das trifft allerdings nicht auf das Planungsbüro zu, das im Auftrag der Verwaltung und des Gemeindevorstandes (die Kosten liegen im Rahmen des Entscheidungsspielraumes des Vorstandes) ein städtebauliches Gutachten zum Bereich Schlosstraße in Beilstein erstellt hat und **gleichzeitig Planungsaufgaben für den Antragsteller betreute** und im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr vorstellte.

Hier hätte ich als Planer, und das habe ich im Laufe meines Berufslebens auch schon gemacht, den Auftrag wegen Interessenkonfliktes abgelehnt. Ich habe damals dem zuständigen Verwaltungsbediensteten gesagt: „Ich habe einen guten Ruf zu verlieren, und den möchte ich nicht in riskieren.“ Offensichtlich sind die Empfindlichkeiten auch hier sehr unterschiedlich verteilt. Was die Rolle betrifft, die die Verwaltung und der eigentlich mit der Kontrolle beauftragte Gemeindevorstand, der die Beschlussvorlagen der Gemeindevertretung vorlegt, in diesem Trauerspiel spielen, so wird die Diskussion der Ergebnisse des Akteneinsichtsausschusses sicher noch bemerkenswerte Erkenntnisse bringen.

Zum Schluss: Die Gebietsreform, mag man sie für richtig oder verfehlt halten, ist seit 38 Jahren Fakt und nicht mehr rückgängig zu machen. Wir leben in einer Großgemeinde, die auch ohne die ständigen Kleinkriege zwischen Ulmtal und Beilstein (oder seit fast 200 Jahren: Preußen und Nassau) genug Probleme hat, die sie wohl schwer in den Griff bekommt. Von den kommunalen Finanzen bis zu den Problemen des demographischen Wandels und der damit wachsenden Infrastrukturprobleme hat Greifenstein in allen Ortsteilen Solidarität und Zusammenarbeit nötig, um die Zukunft zu bewältigen. Dazu sind permanente gegenseitige Beschuldigungen und Beleidigungen und Kirchturmegoismen ungefähr so nützlich wie Brennspritus im Feuerlöscher. Wenn hier von integrierten Konzepten und Dorfentwicklung geredet wird und gleichzeitig einer dem anderen nicht die Butter auf dem Brot gönnt und Knüppel zwischen die Beine wirft, dann sollten wir das ganze Dorferneuerungsprogramm in die Tonne treten, die Million Fördermittel an eine Gemeinde geben, die damit verantwortlicher umgeht und uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich hier mit großem ehrenamtlichen Engagement eingebracht haben, für den Missgriff entschuldigen.

Im Übrigen: Von all denen, die sich hier in der Dorfentwicklung engagiert haben, egal zu welcher Gruppe sie sich heute zählen und auf welcher Seite im Konflikt sie stehen und ob ich ihre Meinung teile, habe ich noch nirgendwo solche verbalen Entgleisungen und Falschbehauptungen gelesen wie von Leuten, die ich bei diesen Veranstaltungen nie als Teilnehmer der sachlichen Diskussionen erlebt habe. Es gibt also offensichtlich sachliche und unsachliche Diskussionen zum Thema.

V.i.S.d.P. Dr. Klaus Schmidt, Beilstein, Schulberg 8